

LAbg. Mario Jaksch

Mitglied des Bgld. Landtages

An die  
Präsidentin des Burgenländischen Landtages  
Mag. Astrid Eisenkopf  
Landhaus  
7000 Eisenstadt

Eisenstadt, am 12. März 2026

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Gemäß § 29 GeOLT stelle ich an Herrn **Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil** als zuständiges Mitglied der Burgenländischen Landesregierung folgende

### **SCHRIFTLICHE ANFRAGE**

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Am 22. Februar 2026 erfolgte am Hauptplatz in Bruckneudorf der feierliche Spatenstich für den Neubau einer römisch-katholischen Pfarrkirche. An diesem Termin nahmen neben Vertretern der Diözese Eisenstadt auch Vertreter der burgenländischen Landesregierung sowie der Gemeinde Bruckneudorf teil.

In öffentlichen Stellungnahmen wird wiederholt auf eine „Partnerschaft zwischen der Diözese Eisenstadt, dem Land Burgenland und der Gemeinde Bruckneudorf“ bei der Umsetzung dieses Bauprojektes verwiesen. Gleichzeitig wurden bislang keine detaillierten Informationen über die konkrete Finanzierung, über die Entscheidungsstrukturen im Zusammenhang mit der Planung und über die Auswahl des architektonischen Entwurfs veröffentlicht.

Gerade bei Bauprojekten mit möglicher Beteiligung öffentlicher Mittel besteht jedoch ein berechtigtes Interesse der Öffentlichkeit an Transparenz hinsichtlich Finanzierung, Entscheidungsprozessen, Auswahlverfahren und politischer Verantwortung.

Hinzu kommt, dass nach vorliegenden Informationen weder Gemeinderätinnen und Gemeinderäte noch Bürgerinnen und Bürger im Vorfeld umfassend über Planung, architektonisches Konzept und Entscheidungswege informiert wurden. Daraus

ergeben sich zusätzliche Fragen zur Informationspolitik im Zusammenhang mit diesem Projekt.

In diesem Zusammenhang stelle ich folgende Fragen:

1. Ist das Land Burgenland finanziell am Neubau der Pfarrkirche in Bruckneudorf beteiligt?
2. Wenn ja: in welcher Höhe beteiligt sich das Land Burgenland an diesem Projekt (absoluter Betrag)?
  - a. Welchen prozentuellen Anteil an den Gesamtbaukosten stellt diese Förderung dar?
3. Wie hoch sind nach Kenntnis der Landesregierung die derzeit veranschlagten Gesamtkosten für den Neubau der Kirche?
4. Welche weiteren öffentlichen Körperschaften oder Institutionen beteiligen sich nach Kenntnis der Landesregierung finanziell an diesem Projekt (z. B. Gemeinde Bruckneudorf, Diözese Eisenstadt, sonstige Förderstellen)?
5. Auf welcher rechtlichen Grundlage erfolgt eine allfällige finanzielle Beteiligung des Landes Burgenland an diesem Bauprojekt?
6. Wie begründet die Landesregierung die Verwendung öffentlicher Mittel für den Neubau einer Kirche im Verhältnis zu anderen kommunalen Infrastrukturprojekten, insbesondere im Bereich Bildung, Pflege, Kinderbetreuung oder kommunaler Infrastruktur?
7. Wurde seitens der burgenländischen Landesregierung ein Förderbeschluss für dieses Projekt gefasst?
  - a. Wenn ja, wann?
  - b. In welchem Gremium wurde dieser Beschluss gefasst?
8. Welche Stellen oder Organisationseinheiten des Landes Burgenland waren in die Vorbereitung, Prüfung oder Genehmigung einer möglichen Förderung eingebunden?
9. Welche Kriterien wurden seitens des Landes Burgenland bei der Beurteilung dieses Projektes im Hinblick auf eine mögliche Förderung herangezogen?
10. Wann wurde die Landesregierung erstmals über das Projekt eines Kirchenneubaus in Bruckneudorf informiert?
11. Wie viele kirchliche Bauprojekte oder Sanierungen von Sakralbauten wurden im Burgenland in den Jahren 2020 bis 2025 seitens des Landes finanziell unterstützt?
  - a. In welcher Höhe erfolgten diese Förderungen jeweils?
  - b. Welche Kriterien wurden bei der Vergabe dieser Förderungen angewendet?
12. Welche Rolle spielte das Land Burgenland im Planungsprozess dieses Bauprojektes?
13. War das Land Burgenland in die Auswahl des architektonischen Entwurfs oder in ein entsprechendes Auswahlverfahren eingebunden?

14. Wurde für den Neubau der Kirche ein Architekturwettbewerb oder ein sonstiges Auswahlverfahren durchgeführt?
15. Wenn ja:
  - a. Welche Art von Verfahren wurde durchgeführt (z. B. Wettbewerb, Einladungsverfahren, Direktbeauftragung)?
  - b. Wer hat dieses Verfahren organisiert?
16. Wer gehörte dem Entscheidungsgremium an, das über die Auswahl des architektonischen Entwurfs entschieden hat?  
Bitte um namentliche Auflistung der Mitglieder sowie deren institutionelle Zugehörigkeit.
17. Gab es mehrere Entscheidungsgremien im Zusammenhang mit Planung und Auswahl des Projektes?
  - a. Wenn ja, welche?
  - b. Wer war jeweils darin vertreten?
18. Hat das Land Burgenland im Rahmen seiner möglichen finanziellen Beteiligungen Einfluss auf architektonische Gestaltung, Planung oder gemeindebauliche Integration der Bauprojekte genommen?
  - a. Wenn ja, in welcher Form?
  - b. Welche Stellungnahmen oder Empfehlungen wurden seitens des Landes abgegeben?
19. Welche Kriterien wurden im Rahmen des Architekturverfahrens für die Auswahl des Entwurfs festgelegt?
20. Welche Stellen oder Gremien haben dem finalen architektonischen Entwurf zugestimmt?
21. War die Gemeinde Bruckneudorf in die Entscheidungsfindung über Architektur und Planung eingebunden?
22. Wenn ja:
  - a. Wann erfolgte diese Einbindung?
  - b. In welcher Form?
23. Wurden im Zusammenhang mit diesem Projekt Verschwiegenheitspflichten auferlegt?
24. Wenn ja:
  - a. Wer hat diese Verschwiegenheitspflicht ausgesprochen?
  - b. Auf welcher rechtlichen Grundlage erfolgte dies?
25. Welche Informationsmaßnahmen wurden seitens der Projektträger oder der beteiligten öffentlichen Stellen gesetzt, um Gemeinderäte und Bevölkerung über Planung und Gestaltung dieses Bauprojektes zu informieren?
26. Sieht die Landesregierung bei Projekten, an denen öffentliche Mittel beteiligt sind, grundsätzlich die Notwendigkeit einer transparenten Information der lokalen Bevölkerung über Planung, Gestaltung und Finanzierung?
27. Wie beurteilt die Landesregierung die Kritik aus Teilen der Bevölkerung, wonach die architektonische Gestaltung des Projektes nicht ausreichend öffentlich diskutiert wurde?

28. Plant die Landesregierung künftig Maßnahmen, um bei vergleichbaren Projekten mit Beteiligung öffentlicher Mittel eine frühzeitigere Information der lokalen Bevölkerung sicherzustellen?



**LAbg. Mario Jaksch**